

Ladner, Andreas

**Die Schweizer Parteien im politischen
Raum – eine Analyse der politischen
Positionen ihrer Kandidierenden bei
den Nationalratswahlen 2007**

Working paper de l'IDHEAP 1/2009

Chaire Administration suisse et politiques institutionnelles



Institut de hautes études en administration publique
Swiss Graduate School of Public Administration
Institut universitaire autonome

L'Université pour le service public

Die Schweizer Parteien im politischen Raum – eine Analyse der politischen Positionen ihrer Kandidierenden bei den Nationalratswahlen 2007

Andreas Ladner, IDHEAP Lausanne
(andreas.ladner@idheap.unil.ch)

Chaire Administration suisse et politiques institutionnelles

Working paper de l'IDHEAP no 1/2009
February 2009

Ce document se trouve sur notre site Internet: <http://www.idheap.ch> > publications > Working paper

© 2008 IDHEAP, Chavannes-près-Renens

Zusammenfassung

Die Online-Wahlhilfe smartvote eröffnet einmalige Möglichkeiten, die politischen Positionen der Kandidierenden bei Wahlen zu messen und damit die Parteien in einem politischen Raum zu positionieren. Für die Nationalratswahlen 2007 stehen die Antworten von rund 85 Prozent der mehr als 3'000 Kandidierenden zu 63 politische Sachfragen zur Verfügung. Es zeigt sich, dass zwischen den Kandidierenden der einzelnen Parteien in vielen Fragen nach wie vor beachtliche Unterschiede bestehen. Am geringsten sind die Differenzen zwischen SP und Grünen, sowie zwischen den beiden grossen historischen Gegnern FDP und CVP. Die Kandidierenden der SP und der Grünen sind in ihren politischen Positionen geschlossener als die Kandidierenden der bürgerlichen Parteien. Unter den bürgerlichen Parteien sind die Kandidierenden der SVP etwas seltener unterschiedlicher Meinung als die Kandidierenden von FDP und CVP. Für SVP, FDP, CVP und SP gilt, dass die Kandidierenden in der französisch- und italienischsprachigen Schweiz eher links stehen. Bei den Grünen sind demgegenüber die Deutschschweizer Kandidierenden im Durchschnitt stärker links positioniert. Anders sieht die Positionierung auf der Liberal-konservativ-Achse aus. Hier sind die Kandidierenden aus der Deutschschweiz eher etwas liberaler als die diejenigen aus der französisch- und italienischsprachigen Schweiz. Ausgehend von den Antworten der Kandidierenden auf die Fragen von smartvote bestätigt sich, dass zumindest zwischen den vier Bundesratsparteien FDP, CVP, SVP und SP nach wie vor genügend inhaltliche Unterschiede bestehen, um ein derart ausdifferenziertes Parteiensystem zu rechtfertigen. Wie weit dies jedoch auch dem Bedürfnis der Wählenden entspricht, ist eine andere Frage.

Résumé

La plate-forme d'aide au vote smartvote offre des possibilités uniques pour mesurer les positionnements politiques des candidats lors des élections, ce qui permet par la suite de déterminer les différences entre les partis politiques en termes de positionnements dans l'espace politique. Lors des élections au Conseil national de 2007, 85% d'environ 3000 candidats à l'élection au Conseil national ont répondu à 63 questions portant sur différents sujets politiques. Ces réponses ont été collectées et sont donc disponibles pour l'analyse. Ces données nous montrent que des différences considérables concernant de nombreuses questions existent toujours entre les candidats des différents partis. Les différences les plus faibles en termes de positionnements politiques ont été recensées entre le PS et les Verts, ainsi qu'entre les deux grands partis historiquement antagonistes, le PDC et le PRD. L'homogénéité interne des Verts et du PS est plus forte que celle du PRD et du PDC. Parmi les partis bourgeois, les candidats de l'UDC reflète une homogénéité interne plus forte que celle du PRD ou du PDC. Les candidats de l'UDC, du PS, du PRD et du PDC qui sont issus de la Suisse romande et du Tessin se positionnent plus volontiers à l'aile gauche de leur parti, la tendance vers un positionnement encore plus marqué à gauche ayant été constatée chez les candidats tessinois du PRD, du PDC et de l'UDC. A l'inverse, les candidats verts issus de la Suisse allemande ont en moyenne un positionnement politique plus marqué à gauche que leurs collègues romands et tessinois. Il en va autrement pour les positionnements politiques sur l'axe libéral-conservateur. Les candidats suisses allemands sont plus libéraux que leurs homologues romands et tessinois. Il ressort des réponses des candidats aux questions posées par smartvote que des différences de contenu en termes de positionnements politiques existent de manière suffisante, au moins entre les quatre grands partis siégeant au Conseil fédéral (PDC, PRD, PS, UDC), pour justifier un système comportant un nombre aussi élevé de partis. Savoir si ces différences en termes de positionnements politiques correspondent aux besoins des électeurs est une autre question.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	1
2.	Untersuchungsanlage und Daten	2
3.	Die Positionierung der Kandidierenden der Parteien im politischen Raum.....	6
4.	Parteiinterne Homogenität	10
5.	Inhaltliche Unterschiede zwischen den Sprachregionen.....	14
6.	Wie gefestigt ist das nationale Parteiensystem?.....	17
7.	Schlussfolgerungen.....	20
8.	Literaturangaben.....	21

1. EINLEITUNG

Das Schweizer Parteiensystem zeichnet sich durch eine starke Fragmentierung aus. Es besticht durch eine im internationalen Vergleich grosse Zahl an Parteien. Vier grosse Parteien haben in den letzten etwas mehr als 150 Jahren die zentralen Rollen gespielt. Allen voran steht die FDP, die Gründerpartei des Bundesstaates. Siegreich aus dem Sonderbundskrieg gegen die Katholisch-Konservativen hervorgegangen, hat sie die Entwicklung des Schweizer Staatswesens wie keine andere Partei geprägt. Die erste Landesregierung von 1848 war vollständig in der Hand der FDP. Die Partei selbst war allerdings alles andere als homogen und vereinte liberale, radikale und demokratische Strömungen. Die Katholisch-Konservativen, die Vorgänger der heutigen CVP, waren nach ihrer Niederlage gegen die Freisinnigen auf ihre Stammlande zurückgebunden, wo sie unter dem Schutz des Föderalismus ihre starke Stellung beibehalten konnten. Nur allmählich gelang es ihnen, ihre Position im Bundesstaat zu stärken. 1891 wurde ein erster Vertreter der Katholisch-Konservativen in die siebenköpfige Landesregierung aufgenommen. Ein zweiter Vertreter folgte 1919. Die parteipolitische Diversifizierung der Landesregierung setzte sich 1929 fort, als erstmals ein Vertreter der heutigen SVP auf Kosten der FDP einen Sitz erringen konnte. Die SVP war die dritte und schwächste bürgerliche Kraft im Parlament und vertrat vor allem die Interessen der Bauern und des Gewerbes in den nicht-katholischen Gebieten. Eine vierte, deutlich stärkere Kraft bildete die SP, die Sozialdemokratische Partei der Schweiz. Obwohl sie ziemlich bald nach ihrer Gründung 1888 rund einen Viertel der Wähler hinter sich vereinen konnte, wurde sie erst 1943 mit einem Vertreter in den Bundesrat aufgenommen.

Die endgültige Konsolidierung des Schweizer Konkordanzsystems erfolgte 1959 mit der Etablierung der sogenannten Zauberformel, welche die sieben Sitze im Bundesrat entsprechend der Stärke der vier grössten Parteien verteilt. Für die nächsten 44 Jahre setzte sich die Schweizer Landesregierung aus zwei Vertretern der FDP, zwei Vertretern der CVP, einem Vertreter der SVP und zwei Vertretern der SP zusammen. Zu Beginn der 1990er Jahre begannen sich jedoch die Kräfteverhältnisse zwischen den Parteien entscheidend ändern. Die SVP, der bürgerliche Juniorpartner, schlug einen klaren, national-konservativen, antieuropäischen Rechtskurs ein und ist 2007 mit 29 Prozent der Wählerstimmen auf Kosten von FDP und CVP zur klar stärksten Schweizer Partei geworden.

Im Jahr 2003 musste die CVP, welche sich politisch in die Mitte begeben hatte und zur kleinsten Bundesratspartei geworden war, einen ihrer zwei Sitze an die SVP abtreten. Diese neue Zusammensetzung der Landesregierung hat sich aber (noch) nicht als stabile Lösung erwiesen. In den Wahlen 2007 konnte die SVP zwar ihre Spitzenposition weiter ausbauen. Die Mehrheit des Parlaments wählte aber mit Christoph Blocher den prominentesten Vertreter der SVP und Vater ihres Erfolges aus dem Bundesrat ab und ersetzte ihn durch eine gemässigte Vertreterin der SVP. Darauf wurden die beiden SVP-Bundesräte aus der Partei ausgeschlossen, die SVP sah sich nicht mehr in der Landesregierung vertreten und ging in die Opposition. Zudem konnten bei den Wahlen 2007 auch die Grünen grosse Erfolge feiern und beginnen mit gegen zehn Prozent der Wählerstimmen einen Sitz in der Landesregierung zu fordern. Im Dezember 2008 gelang es der SVP, einen Sitz in der Landesregierung zurückzugewinnen.

Zusätzliche Komplexität erfährt das Parteiensystem durch die Segmentierung der Parteien. Die nationalen Parteien bestehen aus einer grösseren Anzahl unterschiedlich starker Kantonalparteien, welche wiederum in eine grosse Zahl von lokalen Parteienorganisationen unterteilt sind. Die Kantonalparteien bilden das eigentliche Rückgrat der nationalen Parteien. Sie verfügen insgesamt über mehr Ressourcen und mehr Parteimitarbeiter als die nationalen Parteien. Zusätzlich gestärkt werden die Kantonalparteien dadurch, dass auch die nationalen Wahlen in den Kantonen entschieden werden. Zwar wird auch in der Schweiz die nationale Politik immer wichtiger, aber selbst bei den nationalen Wahlen bilden nach wie vor die einzelnen Kantone die Wahlkreise. Entsprechend orientieren sich die Kandidierenden der einzelnen Parteien an kantonsspezifischen Gegebenheiten und weniger an der nationalen Parteilinie. Die

nationalen Parteien demgegenüber haben grosse Schwierigkeiten ihre Kantonalparteien auf einen gemeinsamen Kurs zu verpflichten.

Die kantonalen und regionalen Unterschiede machen die Parteienforschung in der Schweiz besonders interessant. Voraussetzung ist aber, dass allfällige Unterschiede auch angemessen erfasst werden können. Die Schweizer Wahlstudien SELECT tragen dem beispielsweise mit einem ausgeklügelten Sampling-Verfahren Rechnung (Lutz 2008). Als besonders aufschlussreich erweisen sich auch detaillierte Analysen der Lokalparteien in den verschiedenen Kantonen (vgl. Geser et al. 1994) oder der Kantonalparteien selbst (Ladner/Brändle 2001). Eine weitere Möglichkeit ergibt sich über die Kandidierenden der Parteien bei den Nationalratswahlen, den Wahlen für die grössere Kammer des nationalen Parlaments.

Einen ausgezeichneten Einblick in die politischen Positionen der Kandidierenden und damit auch in die Parteien selbst ermöglicht www.smartvote.ch. Bei smartvote handelt es sich um eine Online-Wahlhilfe wie sie in vielen Ländern heute angeboten wird. Die meisten dieser Websites funktionieren nach demselben Prinzip. Die Wählenden gehen auf eine solche Webseite und beantworten eine Reihe von Fragen. Auf der Basis ihrer Antworten wird dann die Übereinstimmung mit den zur Wahl stehenden Kandidaten oder Parteien berechnet. Die Antworten der Kandidaten oder Parteien werden vorgängig von den Betreibern der Website eingeholt oder auf der Basis von Aussagen oder Dokumenten bestimmt. Am Schluss erhalten die Wählenden Hinweise, welcher Partei oder welchen Personen sie am politischen am nächsten stehen respektive wo sie sich selbst im Verhältnis zu den zu Wählenden in einem politischen Raum befinden.

Das Schweizer Wahlsystem stellt relativ hohe Anforderungen an eine solche Webseite. Gewählt werden nicht nur Parteien, sondern die Wählenden können ihre Stimme auch einzelnen Kandidierenden geben. Deshalb befragt smartvote vorgängig sämtliche Kandidierende und ermöglicht so den Wählenden sich nicht nur mit den Parteien sondern auch mit den Kandidierenden zu vergleichen.

Ausgehend von diesen Daten soll in diesem Beitrag folgenden Fragen nachgegangen werden:

- a) Wie positionieren sich die Schweizer Parteien heute im politischen Raum, wo zeigen sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede?
- b) Wie homogen sind die einzelnen Parteien?
- c) Gibt es systematische sprachregionale Unterschiede?

Abschliessend soll untersucht werden, wie gut die Kandidierenden wirklich zu ihrer Partei passen und ob sie allenfalls ebenso gut eine andere Partei vertreten könnten. Diese Frage stellt sich sowohl für die Gesamtheit der Kandidierenden wie auch für die Kandidierenden aus den einzelnen Sprachregionen. Kann ausgeschlossen werden, dass die Vertreter einer Partei in einer der Sprachregionen auf nationaler Ebene nicht eher zu einer anderen Partei gehören würden? Beantwortet werden soll damit auch die Frage, ob das Schweizer Parteiensystem in seiner Differenziertheit heute inhaltlich überhaupt noch einen Sinn macht und ob sich allenfalls Möglichkeiten für eine Reorganisation eröffnen.

2. **UNTERSUCHUNGSANLAGE UND DATEN**

Es gibt verschiedene Methoden um die politische Positionierung der Parteien zu bestimmen. Eine der gebräuchlichsten Vorgehensweisen ist die nicht ganz unumstrittene Analyse der Parteiprogramme oder Wahlplattformen, wie sie etwa vom „Comparative Manifestos Project“ (vgl. Budge et al (2001) ange-

wandt wird. Dieser Methode wird unter anderem vorgeworfen, dass Wahlplattformen und Parteiprogramme keinen bindenden Charakter für die Parteien haben müssen und häufig mit der Realität wenig zu tun haben. Eine zweite Möglichkeit ergibt sich über die Positionsbezüge und das Verhalten der Parteien im Parlament oder bei Abstimmungen. Auch hier besteht die Schwierigkeit, dass die Parteien sich aus strategischen Überlegungen veranlasst sehen können, bestimmte Positionen zu vertreten, die nicht direkt auf ihr politisches Gedankengut schliessen lassen. Letztlich kann die politische Positionierung der Parteien auch Experten oder den Parteien selbst überlassen werden, was aber ebenso zu Verzerrungen führen kann.

In der hier vorliegenden Untersuchung werden die Parteien über ihre Kandidierenden verortet. Die politische Position einer Partei wird dabei durch die Gesamtheit der Positionen ihrer Kandidierenden bei den Nationalratswahlen 2007 gebildet. Dabei wird – aus Sicht der Partei – davon ausgegangen, dass die Kandidierenden die Partei verkörpern und ihre politischen Positionen den Wählerinnen und Wählern näher bringen, um dann auf der Basis dieser Positionen gewählt zu werden. Die Kandidierenden ihrerseits können aber auch davon ausgehen, dass sie die politische Position der Parteien mitbestimmen. Ihre persönliche Meinung prägt, vor allem wenn sie gewählt werden, das Gesicht der Partei.

Für die Schweiz ist ein solches Vorgehen aus verschiedenen Gründen nicht nur erfolgversprechend sondern geradezu der einzige Weg, das Gedankengut einer Partei ganzheitlich zu erfassen:

- Die politische Linie einer Partei wird in der Schweiz in grossem Masse durch die Mandatsträger, „the party in public office“ (Katz/Mair 1993), geprägt. Die Parteiorganisation selbst ist nur schwach professionalisiert und hat kaum programmgebenden Charakter.
- Da die Wählenden mit Kumulieren und Panaschieren die Möglichkeit haben, nicht nur Parteien sondern auch Personen zu wählen, sind die Kandidierenden nicht nur daran interessiert, die Positionen ihrer Partei zu vertreten. Ebenso sind sie interessiert, persönliche Abweichungen von der Parteilinie in den Vordergrund zu stellen, um sich im parteiinternen Wettbewerb gegen die anderen Kandidierenden ihrer Partei durchzusetzen.
- Die Parteien selbst sind sehr heterogen. Es gibt markante kantonale und sprachregionale Unterschiede innerhalb der einzelnen Parteien. An den nationalen Wahlen beteiligt sich in den meisten Kantonen eine grössere Zahl an Kandidierenden ein und derselben Partei. Der Weg über die Kandidierenden erlaubt es, die Parteien mit all ihren internen Differenzen gesamtschweizerisch zu erfassen.

Bei den Nationalratswahlen 2007 stellten sich mehr als 3'000 Kandidierende zur Wahl.¹ All diese Kandidierenden wurden eingeladen, die 63 smartvote-Fragen zu grundsätzlichen sowie konkreten und aktuellen politischen Issues zu beantworten. Rund 85 Prozent davon beantworteten diese Fragen.² In absoluten Zahlen beteiligten 2'635 Kandidierende für die Nationalratswahlen bei smartvote. Eine solch grosse Zahl ermöglicht in einem bis anhin unerreichten Ausmass Einblick in die politische Welt der Parteien

¹ Gemäss offiziellen Angaben kandidierten bei den Nationalratswahlen 2007 3'089 Frauen und Männer für einen der 200 Sitze. Damit wurde ein neuer Höchstwert erreicht. Die im Vergleich zu unserer Erhebung etwas tiefere Zahl rührt daher, dass das Bundesamt für Statistik die Einerwahlkreise (Majorzkantone) nicht berücksichtigt. Aus Gründen einer besseren Vergleichbarkeit beschränken wir uns in dieser Untersuchung nur auf die Kandidierenden für den Nationalrat. Ständeratswahlen sind in der Schweiz mit Ausnahme des Kantons Jura Majorzwahlen, bei denen, so kann angenommen werden, die Kandidierenden ihre parteipolitische Färbung eher etwas in den Hintergrund stellen.

² Die Beteiligungsquote lag damit um 35 Prozentpunkte höher als bei den Nationalratswahlen 2003.

und ihrer Kandidaten.³ Zudem zeigt sich, dass Personen, die ihrer Kandidatur eine gewisse Bedeutung beigemessen oder sogar reelle Erfolgsaussichten hatten, sich auch eher bei smartvote beteiligt haben: von den gewählten Nationalrätinnen und Nationalräten haben deutlich über 90 Prozent den smartvote Fragebogen ausgefüllt.⁴

Aufgegliedert waren die 63 Fragen in folgende zehn Themenbereiche: „Soziales, Familie und Gesundheit“, „Bildung und Forschung“, „Migration und Integration“, „Gesellschaft, Kultur und Ethik“, „Finanzen und Steuern“, „Wirtschaft und Arbeit“, „Umwelt, Verkehr und Energie“, „Staatliche Institutionen“, „Justiz, Polizei und Armee“ und „Aussenpolitik und Aussenwirtschaft“. Für die Präsentation der politischen Präferenzen der Kandidierenden wurde die Gesamtheit der smartvote-Fragen einerseits zu acht Politikdimensionen und andererseits zu zwei ideologischen Dimensionen verdichtet.⁵ Den Politikdimensionen wurden folgende Bezeichnungen zugewiesen:

- Aussenpolitische Öffnung
- Wirtschaftliche Liberalisierung
- Restriktive Finanzpolitik
- Law & Order
- Restriktive Migrationspolitik
- Mehr Umweltschutz
- Ausgebauter Sozialstaat
- Gesellschaftliche Liberalisierung

Die beiden ideologischen Dimensionen können als „links-rechts“ und „liberal-konservativ“ bezeichnet werden.

Für jede Dimension (sowohl für die Politikfelder als auch für die ideologischen Dimensionen) wurde ein Index zwischen 0 und 100 gebildet. Dabei erhielt jede Frage dasselbe Gewicht. Bei den acht Politikdimensionen bedeutet 100 volle Zustimmung zum formulierten Ziel in der Achsenbezeichnung, der Wert 0 vollständige Ablehnung desselben. Bei den beiden ideologischen Dimensionen bedeutet 100 eine Position am linken bzw. liberalen Pol, während der Wert 0 auf eine Verortung am rechten bzw. konservativen Rand verweist. Der Wert 50 bildet somit auf allen Dimensionen die „politische Mitte“. Daraus ergibt sich eine Verortung der politischen Position der einzelnen Kandidierenden bzw. Parteien auf jeder politischen Dimension; dasselbe gilt auch für die Wählenden.

In den nachfolgenden Analysen beschränken wir uns auf die acht Politikbereiche und auf die zwei ideologischen Dimensionen. Für die Antworten zu den einzelnen Fragen, auf deren Basis die Bereiche und Dimensionen gebildet wurden, sei auf die Webseite von smartvote sowie auf Ladner et al. (2008) verwiesen.

³ Die am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung durchgeführte Kandidatenstudie zur Bundestagswahl 2005 erzielte beispielsweise bei ihrer Befragung von 2'346 Kandidierenden einen Rücklauf von 44 Prozent. Ein solcher Rücklauf wurde von den Forschern als „mehr als befriedigend“ bezeichnet (Zittel/Gschwend 2007: 302).

⁴ Die Resonanz von smartvote bei den National- und Ständeratswahlen 2007 war auch auf Seiten der Wählenden ausgesprochen gross. Im Vorfeld der Wahlen wurden rund eine Million Wahlempfehlungen ausgestellt. Etwa 300'000 Benutzer registrierten sich bei smartvote und die wichtigsten Medien (von 20Minuten bis zur SRG) unterstützten smartvote als Medienpartner, berichteten darüber und stellten Kandidierende mit Hilfe der von smartvote erstellten politischen Profile vor.

⁵ smartvote verwendet dieselben acht Politik- bzw. zwei ideologischen Dimensionen bereits seit dem Jahr 2003. Die Auswahl der Dimensionen sowie die Zuteilung der gestellten Fragen auf die Dimensionen basiert auf einem explorativen Konzept, das in Zusammenarbeit mit der Sotomo-Forschungsgruppe an der Universität Zürich entwickelt wurde. Für Details und zur Berechnung der Indexwerte vgl. http://www.smartvote.ch/side_menu/about_us/method.php?who=v

Alle Kandidierenden wurden zudem nach den Wahlen noch einmal befragt. Diese Befragung wurde im Auftrag der SELECTS-Studie durchgeführt, die für die Durchführung des Comparative Candidate Survey (CCS) in der Schweiz verantwortlich ist.⁶ An der Nachbefragung beteiligten sich 1'660 Kandidierende, was einem Rücklauf von 53.5 Prozent entspricht. Davon hatten 1'574 (94.8 Prozent) bereits bei smartvote mitgemacht.

Die smartvote-Daten übertreffen was die Angaben über die politische Positionierung anbelangt, die Qualität der meisten Kandidierenden-Studien, weil sie a) auf einer grösseren Anzahl von Fragen beruhen und b) eine deutlich grössere Beteiligung aufweisen.

Natürlich bergen diese Daten auch gewisse Probleme. Nicht alle Kandidaten nehmen beispielsweise die Wahlen gleichermassen ernst. Rund 60 Prozent der Kandidierenden rechneten sich beispielsweise überhaupt keine Chancen auf einen Sitzgewinn aus. Etwa ein Viertel dachte, dass sie kaum Chancen auf einen Sitzgewinn hatten. Für die restlichen etwas mehr als 15 Prozent war der Wahlausgang zumindest offen. Sie rechneten sich gute Chancen aus oder waren sogar sicher, dass sie gewählt würden. Nun kann vermutet werden, dass diejenigen Kandidierenden, die keine Aussichten auf Erfolg haben, der Partei auch weniger nahe stehen und deshalb weniger repräsentativ für die politische Linie der Parteien sind.

Weiter stellt sich die Frage, wie glaubwürdig die Antworten der Kandidierenden auf die 63 Fragen, die dieser Untersuchung zugrunde liegen, ganz allgemein sind. Ein häufiger Kritikpunkt lautet, dass der Wahrheitsgehalt der Antworten der Kandidierenden nicht geprüft werden kann und dass sie dann, einmal gewählt, im Nationalrat völlig anders stimmen würden. Oder etwas allgemeiner formuliert: die Kandidierenden würden die Fragen vorwiegend aus strategischen Gründen beantworten, um möglichst viele Personen anzusprechen. Entsprechend könnte etwa erwartet werden, dass sich die Kandidierenden auf den beiden Enden der politischen Skala eher in die Mitte orientieren, um so mehr Wählerinnen und Wähler anzusprechen. Eine weitere verzerrende Möglichkeit könnte darin bestehen, dass die Parteien den Kandidierenden Anweisungen geben, wie die Fragen auszufüllen sind und so ihre Positionen verfälscht werden.

Der Wahrheitsgehalt der Antworten kann kaum überprüft werden; ob sich die Gewählten dann auch so verhalten, wie sie „versprochen“ haben, liesse sich erst mit einem nachträglichen Parlamentarier-Monitoring überprüfen. Forschungsanstrengungen zur Eruierung dieses sogenannten „agency loss“ (Lupia 2003, Strøm et al. 2003) mittels Kombination und Vergleich von smartvote- und Parlamentsdaten sind bereits im Gange. Zudem ist anzufügen, dass die genannten Kritikpunkte auch für die Bestimmung der politischen Position über Aussagen in den Medien oder über Parteiprogramme gelten und somit keinen smartvote-spezifischen Mangel darstellen.

Was die Einflussnahme der Parteien auf das Beantworten der Fragen betrifft, so wissen wir, dass etwas mehr als ein Drittel der Kandidierenden von ihrer Partei „Hinweise“ für das Beantworten der Fragen erhalten hat (vgl. Ladner/Felder 2008). Wie weit dies einen Einfluss auf die Antworten gehabt hat, kann zumindest ansatzweise geprüft werden. Nach eigenen Angaben betrachten die Kandidierenden den Einfluss ihrer Partei als nicht sehr gross. Zwar geben mehr als die Hälfte der Befragten an, dass sie die

⁶ Der Fragebogen der Nachbefragung beinhaltet die üblichen Fragen zur Person und zur Kandidatur sowie ein Standardset von politischen Items (13 Fragen) und die Selbsteinschätzung auf der Links-rechts-Achse. Darüber hinaus wurde die Bedeutung von smartvote für die Kandidierenden erhoben und es wurde gefragt, nach welchen Kriterien sie die Fragen beantwortet haben (vgl. Ladner/Felder 2008). Ebenso erhoben wurden eine Reihe von soziodemografischen und sozio-ökonomischen Variablen (Alter, Geschlecht, Bildung, Kirchenbesuch usw.) sowie Angaben zur Herkunft (Kanton, Sprachregion, Stadt-Land usw.). Einige dieser Angaben finden sich auch in den offiziellen Wahlstatistiken und stehen zu allen Kandidierenden zur Verfügung.

Hinweise der Partei zumindest teilweise beachtet haben, den Einfluss der Partei bezeichnen sie aber als „mittel“. Mit Abstand am wichtigsten war ihre eigene politische Position.

Über alle Fragen betrachtet, sind die Unterschiede zwischen denjenigen Kandidierenden, die in der Nachbefragung angeben, dass sie von ihrer Partei Hinweise für das Ausfüllen des Fragebogens erhalten haben und denjenigen, die angeben, keine Hinweise erhalten zu haben, relativ gering. Besonders gering sind sie bei der SP, bei der mehr als die Hälfte angeben, Hinweise erhalten zu haben; bei SVP und GPS bewegen sich die Unterschiede in einem ähnlichen Rahmen wie bei der SP, obwohl hier deutlich weniger angeben, Hinweise von der Parteileitung erhalten zu haben.

3. DIE POSITIONIERUNG DER KANDIDIERENDEN DER PARTEIEN IM POLITISCHEN RAUM

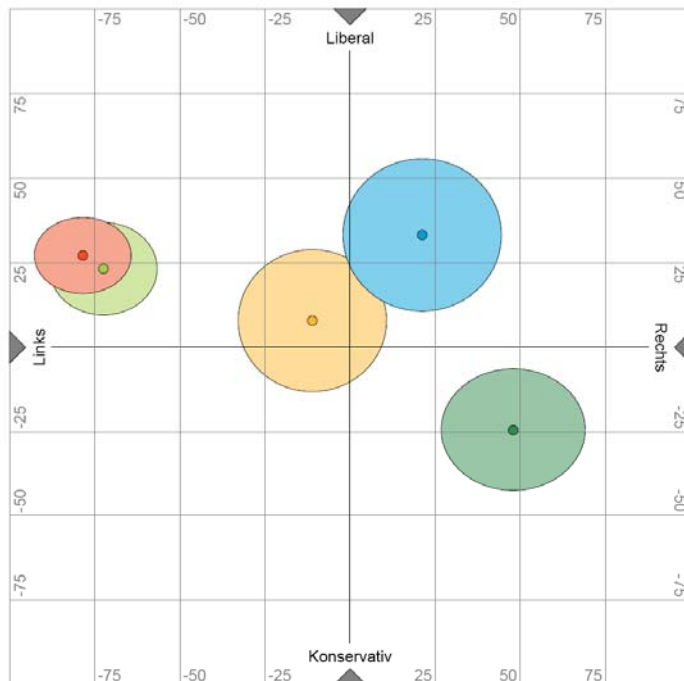
Wie weit präsentieren die Kandidierenden und damit auch die politischen Parteien ein kohärentes und differenziertes Angebot an politischen Positionen und Lösungen, die sie auch umsetzen können, sodass Wählerinnen und Wähler eine echte Auswahl haben, wie dies beispielsweise vom „Responsible Party Model“ (vgl. z.B. Ranney 1951, Schattschneider 1977) gefordert wird? Auch wenn diese Frage vor allem in politischen Systemen mit wechselnden Regierungsmehrheiten und einem zur Mitte tendierenden Parteienwettbewerb von Bedeutung ist und in Untersuchungen entsprechend thematisiert wird (Wüst/Schmitt/Gschwend/Zittel 2006: 430), stellt sich auch für die Schweiz die Frage, wie gross die Unterschiede zwischen den politischen Parteien sind und vor allem auch in welchen Themenbereichen die grössten Differenzen zu finden sind.

Gemessen werden die Unterschiede anhand der im vorangehenden Abschnitt beschriebenen ideologischen Dimensionen Links-rechts und Liberal-konservativ respektive über die acht Politikdimensionen, die auf der Basis der 63 Fragen gebildet werden können. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass es sich bei diesen Dimensionen keineswegs um vom politischen Kontext unabhängige, quasi „geeichte“ Mass-einheiten handelt, sondern vielmehr um abstrakte Hüllen, welche über die verschiedenen Fragen, deren Bedeutung sich über die Zeit hinweg verändern kann, mit Inhalten aufgefüllt werden. Die Position der Parteien entspricht dem Mittelwert der Positionen aller Kandidierenden. Die Kandidierenden gruppieren sich, wie wir im nächsten Abschnitt sehen werden, mehr oder weniger eng um diesen Mittelwert herum.⁷

Die Darstellung der fünf grössten Parteien in einem politischen Raum, der durch die Links-rechts- und die Liberal-konservativ-Dimension aufgespannt wird (vgl. Abbildung 1), bestätigt die Nähe von SP und GPS. Hier überschneiden sich die beiden Kreise praktisch zur Hälfte. Die Grünen und die SP befinden sich im links-liberalen Quadranten, während die SVP als klarster Gegenpol dazu im rechtskonservativen Quadranten positioniert ist. Die CVP ist die einzige Partei, die in alle vier Quadranten hineinreicht, wobei ihr Zentrum im links-liberalen Bereich zu liegen kommt. Die FDP schliesslich beansprucht für sich den rechts-liberalen Bereich mit einem gewissen Drang zur Mitte auf der Links-rechts-Dimension.

⁷ Für die Zuteilung der einzelnen smartvote-Fragen auf die smartspider- bzw. smartmap vgl. wie bereits erwähnt http://www.smartvote.ch/side_menu/about_us/method.php?who=v.

Abbildung 1 : Die fünf Parteien im ideologischen Raum



© www.smartvote.ch / www.solomo.ch

- CVP
- FDP
- Grüne
- SP
- SVP

Die smartmap verortet anhand der smartvote-Daten die Kandidierenden/Parteien auf einer politischen Karte, die durch die Achsen links-rechts und liberal-konservativ bestimmt ist. Details zur Berechnung finden sich unter www.smartvote.ch

Wo bestehen die grössten Differenzen zwischen den Parteien und wo sind die Unterschiede am geringsten? Besonders gross sind die Unterschiede bei der Migrationspolitik, wobei hierfür vor allem die SVP auf der einen Seite und die Grünen und die SP auf der anderen Seite verantwortlich sind (vgl. Tabelle 1). Stark polarisieren auch Fragen des Umweltschutzes, des Sozialstaates und die aussenpolitische Öffnung. Am wenigsten gross sind die Differenzen zwischen den Parteien bei der Finanzpolitik, aber auch bei der wirtschaftlichen Liberalisierung und beim Ruf nach Recht & Ordnung sind die Unterschiede etwas weniger gross. Auffallend ist weiter, dass die Differenzen zwischen den Parteien auf praktisch allen Politikdimensionen mehr oder weniger entlang der Links-rechts Positionierung der Parteien verlaufen. Die rechte Position wird in sieben von acht Fällen von der SVP eingenommen. Einzige Ausnahme bildet die wirtschaftliche Liberalisierung, die am stärksten von der FDP verfochten wird. Links von der SVP kommt in vier von acht Fällen als nächstes die FDP, was bei der Ablehnung des Sozialstaates, bei der wirtschaftlichen Liberalisierung und beim Umweltschutz auch nicht weiter erstaunt. Erstaunlicher ist dies hingegen bei der restriktiven Migrationspolitik, was nicht unbedingt ins Bild einer liberalen Partei hineinpasst. Allerdings ist hier die Distanz zur SVP sehr gross. In drei Politikbereichen, nämlich bei der aussenpolitischen Öffnung, bei der gesellschaftlichen Liberalisierung und beim Ruf nach Recht und Ordnung weicht die CVP von ihrer Mitteposition ab und befindet sich stärker als die FDP auf der Seite der SVP. Dies zeigt, dass sich die CVP als Ganzes noch nicht vollständig von ihrem ehemaligen konservativen Gedankengut verabschiedet hat. Auf der linken Seite des politischen Spektrums nimmt in der Regel die SP die Extremposition ein. Einzig bei Umweltfragen und bei der Ablehnung von Law & Order-Forderungen sind die Grünen extremer als die SP positioniert.

Tabelle 1: Positionen der Parteien auf den acht Politikdimensionen

	SVP	FDP	CVP	GPS	SP	Standardabweichung	extremste Differenz
Restriktive Migrationspolitik	91.3	46.8	43.5	7.8	5.8	31.3	85.6
Mehr Umweltschutz	28.3	42.0	59.7	94.7	90.7	26.2	66.4
Ausgebauter Sozialstaat	28.4	36.3	54.3	82.8	90.6	24.7	62.2
Aussenpolitische Öffnung	12.4	61.0	53.6	67.3	78.8	22.7	66.4
Gesellschaftliche Liberalisierung	32.6	57.9	53.9	81.4	83.9	19.0	51.2
Law & Order	72.2	56.8	58.1	24.5	26.9	18.8	47.7
Wirtschaftliche Liberalisierung	59.9	75.2	50.0	32.2	31.4	16.7	43.9
Restriktive Finanzpolitik	61.9	56.2	41.0	28.9	24.2	14.8	37.8
N=	334	402	314	368	388		

Insgesamt gilt: Wenn man sich auf klare politische Streifragen abstützt, so gibt es tatsächlich klare Unterschiede zwischen den Parteien. Auffallend ist aber die geringe Differenz zwischen den grossen historischen Gegnern im Schweizer Parteiensystem, d.h. zwischen FDP und CVP. Die grossen Unterschiede bestehen heute zwischen der SVP und der Linken. Die SVP bildet heute ganz klar die konservative Kraft im Land.

4. PARTEIINTERNE HOMOGENITÄT

Wie homogen sind die verschiedenen politischen Parteien selbst oder mit anderen Worten, wie stark streuen die Kandidierenden um die im vorangehenden Abschnitt dargestellten Mittelwerte herum? Die Forderung nach einer inhaltlichen Geschlossenheit geht einher mit der demokratietheoretischen Forderung nach einem klaren politischen Profil der Parteien und der Fähigkeit, ihre politischen Positionen im politischen Entscheidungsprozess möglichst effektiv zu vertreten. Eine wichtige Voraussetzung für die parteiinterne Geschlossenheit kann ein Parteiprogramm sein, welches von den Mitgliedern ernst genommen wird. Der Idee der homogenen Parteien mit einem klaren politischen Programm stehen in der Parteienforschung allerdings die „Catch-all party“ (Kirchheimer 1967) oder die professionelle Wählerpartei (Panbianco 1988) gegenüber. Hier geht es vor allem darum, möglichst viele Wählende anzusprechen; eine klare programmatische Festlegung tritt in den Hintergrund.

Programm-Parteien in der Terminologie von Wolinetz (2002: 150), d.h. Parteien, denen es in erster Linie um die Verwirklichung von politischen Ideen geht, sollten also inhaltlich homogener sein als Parteien, die sich stärker auf den Gewinn von Mandaten und/oder möglichst vielen Wählerstimmen konzentrieren. Ein zweites Element in diesem Zusammenhang betrifft ihre Stellung im Parteiensystem. Oppositionsparteien sowie Parteien an den Polen des politischen Spektrums dürften ebenfalls ideologisch geschlossener sein als Mitteparteien. Zudem dürfte kleineren Parteien eine inhaltliche Geschlossenheit leichter fallen.

Wie und wo soll aber die parteiinterne Geschlossenheit gemessen werden. So hat beispielsweise Klöti (1998: 68) auf der Ebene der Wählenden festgestellt, dass die Wählerschaft der bürgerlichen Parteien deutlich homogener ist als diejenige von SP und GPS. Diesen Sachverhalt führt er darauf zurück, dass die SP und die damals deutlich schwächeren Grünen das gesamte Angebot auf der linken Seite abdecken mussten, während im bürgerlichen Lager das Parteienangebot deutlich differenzierter ist, was den Wählenden die Möglichkeit gibt, sich genau für diejenige Partei zu entscheiden, die zu ihnen passt. Auf der Ebene der Parteiorganisationen und der Vertretern der Parteien im Parlament kommt man allerdings zu anderen Ergebnissen. Ladner/Brändle (2001: 290ff.) stellen beispielsweise fest, dass die Kantonalparteien von SP und GPS deutlich homogener sind in ihren politischen Ausrichtungen als diejenigen von FDP und SVP. Inhaltlich am heterogensten ist die CVP. Auch für die Fraktionen im Nationalrat bestätigt sich diese Erkenntnis in einer ganzen Reihe von Untersuchungen (vgl. Lüthi et al. 1991, Hirter 1998, Lanfranchi/Lüthi 1999, Schwarz und Linder 2007). Interessanterweise verschiebt sich dieses Bild z.T. erheblich, wenn die Analyse nach dem Typus der Vorlage bzw. der Abstimmung differenziert wird. Schwarz und Linder (2007) kommen zum Schluss, dass die Geschlossenheit der beiden Mittefraktionen CVP und FDP nur dann deutlich unterhalb derjenigen von SP, Grünen und SVP liegt, wenn sich die Untersuchung auf die Detailberatung zu Bundesratsgeschäften und/oder die in ihrer direkten gesetzgeberischen Wirkung eher unbedeutenden parlamentarischen Vorstösse (v.a. Motionen und Postulate) erstreckt. Hingegen weisen beide Mitteparteien in Gesamt- und Schlussabstimmungen zu Bundesratsgeschäften eine höhere Geschlossenheit auf als SP, GPS und SVP.

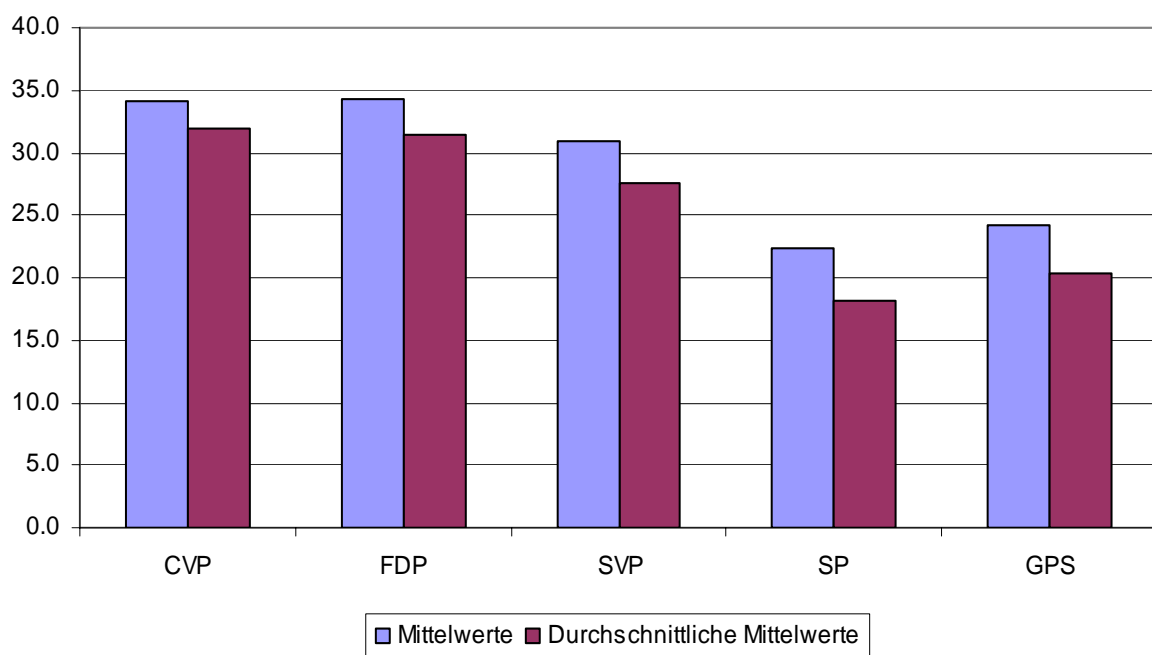
Die inhaltliche Geschlossenheit der Parteien wird in der vorliegenden Untersuchung über die Übereinstimmung in den Antworten der Kandidierenden zu den 63 politischen Fragen gemessen. Als zentrales Mass dient hier die Standardabweichung.⁸ Je grösser die parteiinternen Unterschiede sind, desto grösser fällt die Standardabweichung aus. Die durchschnittliche Standardabweichung über alle Antworten zu den smartvote-Fragen ergibt die Geschlossenheit der Partei. Abbildung 3 zeigt, dass die Kandidieren-

⁸ Aufgrund der Tatsache, dass im smartvote-Fragebogen zu jeder Frage vier Antwortoptionen zur Verfügung stehen, konnten herkömmliche Formeln zur Berechnung der Parteigeschlossenheit wie z.B. der Rice- oder Agreement-Index (vgl. Schwarz und Linder 2007) nicht angewandt werden. Bei der Standardabweichung handelt es sich um die Wurzel aus der durch die um 1 verminderte Anzahl der Beobachtungen geteilte Summe der quadratischen Abweichungen aller Beobachtungen vom arithmetischen Mittelwert.

den der SP und der Grünen in ihren politischen Positionen geschlossener sind als die Kandidierenden der bürgerlichen Parteien. Die Kandidierenden der SVP sind allerdings noch etwas seltener unterschiedlicher Meinung als die Kandidierenden von FDP und CVP.

Allerdings gilt sogleich anzufügen, dass allenfalls die kantonalen Unterschiede dieses Ergebnis verzerren können. Entsprechend müssen nicht die Durchschnittswerte der Standardabweichungen über alle Fragen, sondern der Durchschnittswert der kantonalen Durchschnittswerte der Standardabweichungen einer Partei angeschaut werden. Tatsächlich liegen hier die Werte etwas tiefer, was auf eine grössere Geschlossenheit der Kantonalparteien hindeutet. Die Unterschiede zwischen den Parteien bleiben aber dieselben.

Abbildung 3 : Parteiinterne Geschlossenheit : Durchschnittliche Standardabweichungen und Durchschnitt der kantonalen Durchschnittswerte über die 63 Items



Welches sind die Themen, die in den einzelnen Parteien besonders umstritten sind und wo sind sie geschlossen? Die grössten parteiinternen Unterschiede (grösste Standardabweichung) bei der SVP finden sich bei der Umweltpolitik. Bei einem Mittelwert von 28.3 auf einer Skala von 0 bis 100 liegt die Hälfte der SVP Kandidierenden zwischen den Werten 18.2 und 36.2. Das heisst natürlich noch lange nicht, dass sich die Kandidierenden für umweltpolitische Forderungen aussprechen. Bei den Grünen liegt der Mittelwert bei 94.7. Die SVP Kandidierenden sind hier vor allem unterschiedlich stark gegen umweltpolitische Massnahmen. Besonders geschlossen ist die SVP bei der restriktiven Finanzpolitik und bei Law & Order-Forderungen. Ebenfalls umstritten ist der Umweltschutz bei der FDP. Hier sind die Kandidierenden aber bereits etwas umweltfreundlicher. Die parteiinternen Differenzen sind jedoch in allen Politikbereichen deutlich grösser als bei der SVP. Besonders umstritten in der FDP sind die ausenpolitische Öffnung und die restriktive Migrationspolitik. Aber auch bei der wirtschaftlichen Liberalisierung, dem eigentlichen Kernthema der FDP, erreicht die Partei nicht die Geschlossenheitswerte der SVP. Die CVP kennt die grösste parteiinterne Geschlossenheit bei einer gewissen Skepsis gegenüber einer restriktiven Finanzpolitik, wobei die Vermutung geäussert werden kann, dass je nach Herkunft und politischer Ausrichtung der Kandidierenden regional- und sozialpolitische Motive zusammen treffen.

Besonders umstritten in der CVP sind die aussenpolitische Öffnung und die restriktive Migrationspolitik. Eine aussenpolitische Öffnung, dieses Mal jedoch auf der Seite der Befürworter, ist auch der am stärksten umstrittene Politikbereich bei den Grünen und bei der SP. Vergleichsweise umstritten ist auch der Bereich Law & Order bei diesen beiden Parteien. Bei den anderen Themen sind die Parteien in der Regel deutlich geschlossener.

Tabelle 2: Parteiinterne Unterschiede in den einzelnen Politikbereichen

	Aussenpo- litische Öffnung	Wirtschaft- liche Libe- rali- sierung	Restriktive Finanz- politik	Law Order &	Restriktive Migra- tionspolitik	Mehr Umwelt- schutz	Ausgebau- ter Sozial- staat	Gesell- schaftliche Liberali- sierung
SVP (N=334)								
Mittelwert	12.4	59.9	61.9	72.2	91.3	28.3	28.4	32.6
25%	0.0	50.0	55.0	67.5	83.3	14.6	18.2	22.7
50%	7.1	61.8	63.3	72.5	95.8	27.1	27.3	31.8
75%	21.4	70.6	70.0	80.0	100.0	39.6	36.4	40.9
Std. Dev.	13.0	14.3	11.1	11.2	12.7	17.4	14.4	13.5
FDP (N=402)								
Mittelwert	61.0	75.2	56.2	56.8	46.8	42.0	36.3	57.9
25%	50.0	64.7	48.3	45.0	29.2	29.2	25.0	47.2
50%	64.3	77.9	56.7	57.5	45.8	39.6	36.4	56.8
75%	75.0	88.2	63.3	67.5	62.5	54.2	47.7	68.2
Std. Dev.	19.3	16.3	12.4	16.5	22.2	17.6	16.3	14.5
CVP (N=314)								
Mittelwert	53.6	50.0	41.0	58.1	43.5	59.7	54.3	53.9
25%	39.3	41.2	35.0	47.5	29.2	47.9	43.2	45.5
50%	53.6	50.0	41.7	60.0	41.7	58.3	54.5	52.3
75%	65.2	57.7	46.7	67.5	58.3	70.8	65.9	63.6
Std. Dev.	18.2	13.3	9.5	15.2	20.3	15.8	15.0	14.9
GPS (N=368)								
Mittelwert	67.3	32.2	28.9	24.5	7.8	94.7	82.8	81.4
25%	57.1	25.0	23.3	15.0	0.0	91.7	75.6	75.0
50%	67.9	30.9	28.3	22.5	4.2	95.8	84.1	81.8
75%	75.0	38.2	33.3	32.5	11.5	100.0	90.9	88.6
Std. Dev.	13.8	10.4	7.9	12.5	10.8	5.5	11.8	10.1
SP (N=388)								
Mittelwert	78.8	31.4	24.2	26.9	5.8	90.7	90.6	83.9
25%	71.4	25.4	20.0	17.5	0.0	85.4	86.4	79.5
50%	82.1	29.4	21.7	27.5	4.2	93.8	93.2	86.4
75%	89.3	35.3	28.3	35.0	8.3	97.9	100.0	88.6
Std. Dev.	13.9	9.0	7.0	12.7	8.8	9.6	9.3	9.0

In der Tabelle dargestellt sind der Mittelwert über alle Kandidierenden einer Partei, sowie die Werte für die einzelnen Quartile und die Standardabweichung als Mass für die parteiinterne Geschlossenheit.

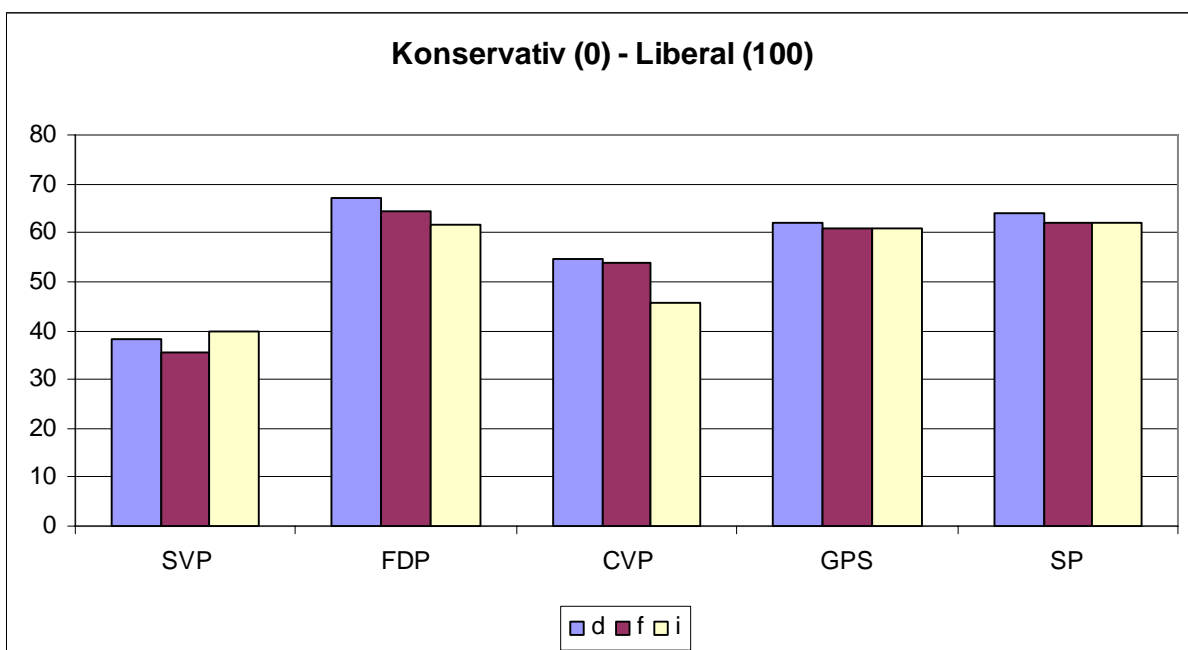
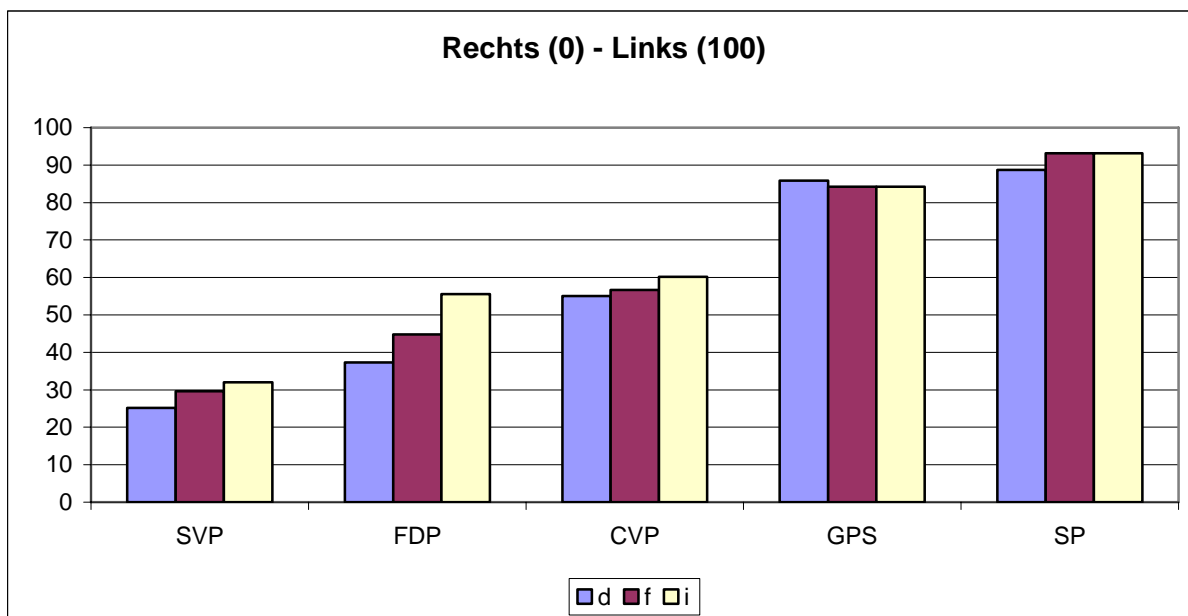
5. INHALTLICHE UNTERSCHIEDE ZWISCHEN DEN SPRACHREGIONEN

Wenig erstaunlich für ein föderalistisches Land ist, dass es zwischen den verschiedenen Kantonen teilweise beachtliche politische Unterschiede gibt. Dies führt dazu, dass sich die Kantonalparteien und die kantonalen Parteiensysteme teilweise stark voneinander unterscheiden (vgl. z.B. Ladner 2004). Überlagert werden die kantonalen Unterschiede durch sprachkulturelle Differenzen zwischen der deutsch-, der französisch- und der italienischsprachigen Schweiz.

Analysen des Abstimmungsverhaltens in den Kantonen und vor allem in den Landesteilen fördern immer wieder beachtliche Unterschiede zutage (vgl. dazu vor allem auch Hermann/Leuthold 2003). Was die Links-rechts-Dimension anbelangt, so vertreten die französisch- und die italienischsprachige Schweiz eher linke Positionen. Hierbei handelt es sich allerdings eher um ein neueres Phänomen, wie die Analysen von Linder et al. (2008: 27ff.) zeigen. Bis zur Mitte des letzten Jahrhunderts stimmte die Westschweiz mehrheitlich für einen Staat, der möglichst wenig ins wirtschaftliche und soziale Leben eingreift. Eine mehr oder weniger geschlossene linke Positionierung des gesamten Sprachraums findet sich erst seit den 1990er Jahre. In der italienischsprachigen Schweiz hat ein entsprechender Prozess bereits früher stattgefunden. Die Deutschschweiz als Gesamtregion ist demgegenüber deutlich ökologischer eingestellt (Linder et al. 2008: 41ff.). Weitere Analysen zeigen dann aber auch ein etwas differenzierteres Bild. So finden sich die grossen Städte der verschiedenen Sprachregionen – Zürich, Bern, Basel, Genf, Lausanne, Lugano und Bellinzona relativ nahe zusammen im links-liberalen Quadrant und sind weiter entfernt von den ländlichen Gemeinden und Bezirke in ihren jeweiligen Sprachgebieten als von den anderen Städten aus den anderen Sprachregionen (Hermann/Leuthold 2003: 59).

Repräsentieren die Kandidierenden der politischen Parteien die Bevölkerung, so kann erwartet werden, dass sich diese Unterschiede auch auf der Ebene der Parteien in den einzelnen Sprachregionen wiederfinden. Tatsächlich gilt für SVP, FDP, CVP und SP, dass die Kandidierenden in der französisch- und italienischsprachigen Schweiz eher links stehen, wobei für die drei erstgenannten diejenigen der italienischsprachigen Schweiz noch etwas stärker nach links tendieren (vgl. Abbildung 4). Bei den Grünen demgegenüber sind die Deutschschweizer Kandidierenden im Durchschnitt stärker links positioniert. Anders sieht die Positionierung auf der Liberal-konservativ-Achse aus. Hier sind die Kandidierenden aus der Deutschschweiz eher etwas liberaler als die diejenigen aus der französisch- und italienischsprachigen Schweiz. Bei der SVP trifft dies zumindest auch für den Vergleich Westschweiz-Deutschschweiz zu.

Abbildung 4 : Die Kandidierenden auf den beiden politischen Grunddimensionen nach Partei und Sprachregion



N (d,f,i): SVP (265,61,8); FDP (307,81,14); CVP (245,54,15); GPS (307,53,8); SP (319,62,7)

Betrachtet man die Unterschiede noch etwas genauer und begibt man sich auf die Ebene der verschiedenen Politikbereiche und der Parteien, so zeigt sich, dass insgesamt die grössten Differenzen zwischen der Westschweiz und der deutschsprachigen Schweiz bei der FDP bestehen (vgl. Tabelle 3). Besonders gross sind die Unterschiede in den für diese Partei besonders wichtigen Bereichen wirtschaftliche Liberalisierung und Ausbau des Sozialstaates, bei denen die Westschweizer Kandidierenden deutlich staatsfreundlicher respektive linker positioniert sind. Die Westschweizer sind auch weniger ausgeprägt für eine restriktive Migrationspolitik. Bei der CVP sind die Unterschiede noch leicht grösser als bei der SVP. Hier sind die Deutschschweizer CVP-Kandidierenden vor allem bei der ausserpolitischen Öffnung und bei der restriktiven Migrationspolitik deutlich konservativer als ihre Kolleginnen und Kollegen aus der Westschweiz. Bei der SVP finden sich die grössten Differenzen bei der wirtschaftli-

chen Liberalisierung, die bei den Deutschschweizern auf grössere Gegenliebe stösst. Die Westschweizer sind etwas weniger restriktiv bei der Migrationspolitik und etwas stärker für den Umweltschutz, dies aber auf sehr tiefem Niveau. Deutlich geringer sind die Unterschiede bei der SP und bei den Grünen. Bei der SP findet sich der grösste Unterschied bei der Finanzpolitik. Hier sind die Deutschschweizer leicht restriktiver. Bei den Grünen schliesslich bestehen grössten Unterschiede bei der Migrationspolitik. Anders als bei den anderen Parteien sind hier jedoch die Westschweizer etwas restriktiver, wobei der Unterschied nicht nur sehr gering ist, sondern sich auch beide Werte bei einer sehr offenen Migrationspolitik wiederfinden. Über alle Parteien gesehen finden sich die grössten parteiinternen Differenzen zwischen den Kandidierenden aus den beiden Landesteilen West- und Deutschschweiz bei der Migrationspolitik sowie bei der wirtschaftlichen Liberalisierung und der Rolle des Sozialstaates.

Betrachtet man die Unterschiede zwischen den Kandidierenden aus der deutschsprachigen und aus der italienischsprachigen Schweiz, so liegen über alle fünf Parteien gesehen die grössten Unterschiede ebenfalls bei der wirtschaftlichen Liberalisierung und beim Umweltschutz. In allen Parteien sind die Deutschschweizer Kandidierenden ausgeprägter für eine wirtschaftliche Liberalisierung als ihre Kolleginnen und Kollegen aus der italienischsprachigen Schweiz. Bei letzteren – insbesondere bei den Parteien FDP und SVP – hat auch der Umweltschutz einen grösseren Stellenwert. Die grössten Unterschiede innerhalb der Parteien finden sich wiederum bei der FDP, CVP und SVP liegen etwa im Mittelfeld und bei den Linken und den Grünen sind die Unterschiede am geringsten. Bei der FDP sind es vor allem die wirtschaftsliberalen Themen wie die Finanzpolitik und der Sozialstaat sowie eben der Umweltschutz und auch die Migrationspolitik, bei denen die italienischsprachigen Kandidierenden eher in der Mitte anzusiedeln sind. Bei der CVP ist es ebenfalls die grössere Zurückhaltung bei der wirtschaftlichen Liberalisierung in der Südschweiz und bei der SVP sind die Kandidierenden etwas ökologischer. Bei der SP und bei den Grünen sind die Differenzen deutlich geringer.

Tabelle 3 : Die Kandidierenden auf den acht Politikdimensionen nach Partei und Sprachregion

		Für eine ausserpolitische Öffnung	Für eine wirtschaftliche Liberalisierung	Für eine restriktive Finanzpolitik	Für mehr Law & Order	Für eine restriktive Migrationspolitik	Für mehr Umweltschutz	Für einen ausgebauten Sozialstaat	Für eine gesellschaftliche Liberalisierung	N=
SVP	d	11.5	61.8	63.1	71.8	92.9	26.6	27.2	33.1	265
	f	16.9	52.4	57.3	73.9	84.4	33.9	33.0	29.8	61
	i	9.8	53.9	57.5	70.0	91.7	45.1	32.1	40.6	8
FDP	d	59.4	78.7	58.5	57.3	49.2	40.8	33.4	58.0	307
	f	66.3	65.8	50.7	55.5	39.3	43.2	44.9	56.4	81
	i	65.3	53.7	39.5	54.5	39.0	61.2	50.2	64.4	14
CVP	d	51.9	51.4	41.8	57.9	45.7	60.3	52.5	55.4	245
	f	62.4	47.1	38.7	57.7	33.3	55.1	60.1	49.3	54
	i	50.0	37.4	36.2	61.5	44.2	66.4	62.1	44.7	15
SP	d	78.2	32.4	25.0	27.1	6.3	91.4	89.7	84.1	319
	f	81.1	28.1	16.4	25.4	3.6	95.8	94.5	85.4	62
	i	81.1	28.1	16.4	25.4	3.6	95.8	94.5	85.4	7
GPS	d	66.7	33.3	29.5	24.3	8.1	94.9	82.1	81.7	307
	f	62.5	29.6	30.0	25.6	14.1	94.3	78.1	82.7	53
	i	62.5	29.6	30.0	25.6	14.1	94.3	78.1	82.7	8

Die abgebildeten Werte zeigen die durchschnittliche Position der Kandidierenden der einzelnen Parteien in den jeweiligen Sprachregionen auf einer Skala von 0 bis 100.

6. WIE GEFESTIGT IST DAS NATIONALE PARTEIENSYSTEM?

Die grafischen Analysen im Abschnitt 3 haben grosse Gemeinsamkeiten zwischen FDP und CVP sowie zwischen SP und Grünen aufgezeigt. In diesem Abschnitt soll überprüft werden, ob noch genügend Unterschiede zwischen diesen Parteien bestehen, die eine entsprechende Differenzierung des Parteiensystems rechtfertigen. Oder anders gefragt: Sind die inhaltlichen Distanzen zwischen den Kandidierenden ein und derselben Partei tatsächlich geringer als die Distanzen zu den Kandidierenden anderer Parteien? Ist dies im grossen Masse der Fall, so macht zumindest auf der Angebotsseite ein derart differenziertes Parteiensystem durchaus auch Sinn, bestehen keine Unterschiede oder sind die Unterschiede virtueller Natur – wenn zum Beispiel die abgebildete „eigenständige“ Position im politischen Raum lediglich den Mittelwert verschiedener Extreme darstellt, die ihrerseits besser in anderen Parteien aufgehoben wären – so ist das Parteiensystem, zumindest was die inhaltliche Komponente anbelangt, in Frage gestellt.

Eine Methode, die sich zur Überprüfung dieser Fragestellung anbietet, ist die Clusteranalyse. Die Kandidierenden der fünf grössten Parteien werden auf der Basis ihrer Antworten auf die 63 Fragen zu den politischen Sachfragen in Gruppen von Personen aufgeteilt, die jeweils ein möglichst ähnliches Antwortmuster aufweisen. Dabei kann vorgegeben werden, in wie viele Gruppen die untersuchten Personen aufgeteilt werden sollen.

Bei einer Aufteilung in zwei Gruppen, sieht sich die Rechte mit der Linken konfrontiert (Tabelle 4). Über alle Kandidierenden gesehen gehören deutlich mehr als 90 Prozent der Kandidierenden der FDP und 100 Prozent der Kandidierenden der SVP zum rechten Lager und jeweils praktisch 100 Prozent der Kandidierenden von SP und GPS zum linken Lager. Etwas weniger eindeutig aber immer noch relativ deutlich sind die Zahlen für die CVP: drei Viertel gehören zum rechten und ein Viertel zum linken Lager. Betrachtet man die Kantone, aus denen die zum linken Lager zählenden CVP-Kandidierenden kommen, so sind es allen voran Zürich, Waadt, Bern und Tessin. Ein entsprechendes Muster findet sich auch, wenn wir die Analysen nach Sprachregionen separat durchführen. In der Westschweiz ist die CVP dabei noch etwas geschlossener dem rechten Lager zuzuordnen. In der italienischsprachigen Schweiz hingegen, liegt fast die Hälfte der Kandidierenden der CVP und rund ein Drittel der Kandidierenden der FDP näher bei der SP als beim rechten Lager. Insgesamt bestätigt sich hier aber die immer wieder gemachte Aufteilung der Schweizer Politik in ein linkes und ein bürgerliches Lager. Ebenso kann festgehalten werden, dass die CVP mehrheitlich eine bürgerliche Partei ist, dass aber ein Teil davon eher zum linken Lager gehört. Der Tessin scheint, zumindest auf der bürgerlichen Seite, ein Sonderfall zu sein.

Tabelle 4: Aufteilung der Kandidierenden der fünf grössten Parteien in ein linkes und ein rechtes Lager (Clusternalyse; zwei Cluster)

	Alle			Deutschschweiz			Westschweiz			Italienischsprachige Schweiz		
	Rechts	Links	N	Rechts	Links	N	Links	Rechts	N	Rechts	Links	N
Zwei Cluster												
CVP	73.6	26.4	314	72.7	27.3	245	13.0	87.0	54	53.3	46.7	15
FDP	94.8	5.2	402	96.4	3.6	307	2.5	97.5	81	64.3	35.7	14
SVP	100.0	0.0	334	100.0	0.0	265	0.0	100.0	61	100.0	0.0	8
SP	0.3	99.7	388	0.3	99.7	319	100.0	0.0	62	0.0	100.0	7
Grüne	0.5	99.5	368	0.3	99.7	307	100.0	0.0	53	0.0	100.0	8

Verteilt man die Kandidierenden auf drei Gruppen, so bleiben die Kandidierenden von SP und GPS sowie diejenigen der SVP zu mindestens 90 Prozent zusammen. CVP und FDP nehmen zusammen eine Mitteposition ein. Zwischen 80 und 90 Prozent der Kandidierenden dieser beiden Parteien finden sich in der Deutsch- und in der Westschweiz in diesem Lager. Etwas anders gestalten sich die Verhältnisse wiederum in der italienischsprachigen Schweiz. Ein Teil der CVP tendiert nach wie vor zur Linken und der andere Teil zur Rechten. Die Mitte wird gebildet durch die FDP, die einen linken und einen rechten Flügel hat. Eine etwas differenziertere Betrachtung lässt die Schweizer Politik also tatsächlich in ein linkes, ein rechtes und ein dazwischen liegendes Lager, gebildet aus FDP und CVP, einteilen

Eine Lösung mit vier Cluster müsste nun die vier Bundesratsparteien hervortreten lassen (vgl. Tabelle 5). Tatsächlich scheinen die vier Bundesratsparteien inhaltlich durchaus ihre Berechtigung zu haben, zumindest was das politische Angebot auf der Ebene der Kandidierenden anbelangt. Bei SP und Grünen fallen rund 95 Prozent und teilweise noch mehr Kandidierende in dasselbe Cluster und auch bei der SVP liegt die Geschlossenheit mindestens bei 90 Prozent. Etwas mehr Abweichler hat die CVP mit Werten zwischen 80 und 85 Prozent. Am wenigsten homogen sind die Kandidierenden der FDP. Im Tessin und in der Westschweiz sind ein Viertel der Kandidierenden der FDP näher bei der CVP, in der Deutschschweiz ist es eine von sieben Personen auf den Parteilisten. Bei der FDP gibt es aber auch ein paar gegen rechts, das heisst Richtung SVP, abweichende Kandidierende. Hier sind die Anteile aber deutlich geringer und beschränken sich auf die Deutsch- und auf die Westschweiz. Im Tessin liegt ein kleiner Teil der FDP Kandidierenden näher bei der SP.

Tabelle 5: Aufteilung der Kandidierenden der fünf grössten Parteien in vier politische Lager (Clusternalyse; vier Cluster)

	Alle					Deutschschweiz				
Vier Cluster	FDP	SVP	CVP	SP/Grüne	N	FDP	SVP	CVP	SP/Grüne	N
CVP	5.4	4.5	85.7	4.5	314	6.9	3.7	84.1	5.3	245
FDP	69.2	8.7	21.4	0.7	402	74.6	8.1	16.3	1.0	307
SVP	0.6	93.1	6.3	0.0	334	0.8	92.8	6.4	0.0	265
SP	0.0	0.0	3.4	96.6	388	0.0	0.0	3.4	96.6	319
Grüne	0.0	0.0	4.1	95.9	368	0.0	0.0	4.6	95.4	307
	Westschweiz					Italienischsprachige Schweiz				
Vier Cluster	SP/Grüne	FDP	CVP	SVP	N	SVP	CVP	SP/Grüne	FDP	N
CVP	1.9	9.3	85.2	3.7	54	13.3	80.0	6.7	0.0	15
FDP	1.2	67.9	23.5	7.4	81	0.0	28.6	7.1	64.3	14
SVP	0.0	0.0	9.8	90.2	61	100.0	0.0	0.0	0.0	8
SP	100.0	0.0	0.0	0.0	62	0.0	0.0	100.0	0.0	7
Grüne	98.1	0.0	1.9	0.0	53	0.0	0.0	100.0	0.0	8

Quasi zu einem Robustheitstest für das Schweizer Parteiensystem kommt es, wenn man versucht, die Kandidierenden auf fünf oder sechs Gruppen zu verteilen. Nahezu unbeschadet überstehen den Test mit fünf Cluster die SP und GPS, die auch in diesen Konstellationen mit über 90 Prozent ihrer Kandidierenden zusammenbleiben, zumindest in der Deutsch- und Westschweiz, während sich im Tessin nun die Grünen von der SP trennen. Bei 6 Cluster bleiben auf gesamtschweizerischer Ebene SP und Grüne ebenfalls zu rund 90 Prozent zusammen. Bei den Analysen in den einzelnen Sprachregionen finden sich nun aber in der Deutschschweiz etwa ein Viertel der SP-Kandidierenden und ein Drittel der Grünen in einem neuen Cluster zusammen mit einigen Kandidierenden der CVP. Hier scheint sich ein christlich-soziales Lager herauszubilden. Geschlossenheit herrscht demgegenüber nach wie vor bei der SVP, die sich einzig in der Westschweiz einem noch stärker geschlossenen Lager bestehend aus Grünen und SP gegenübergestellt sieht. CVP und FDP zerfallen hingegen immer stärker in unterschiedliche Cluster. Während in der Deutschschweiz die FDP noch etwas weniger heterogen ist als die CVP, kehrt sich dieses Verhältnis in der Westschweiz und im Tessin um. Die grössten Anteile der Kandidierenden, die sich jeweils in einem Cluster wiederfinden liegen nur noch zwischen 45 und 75 Prozent.

Ausgehend von den Antworten der Kandidierenden für die Nationalratswahlen 2007 auf die 63 Fragen von smartvote lassen sich aufgrund der Cluster-Analysen die politischen Distanzen der fünf grössten Schweizer Parteien zusammenfassend wie folgt charakterisieren: Die SVP kann für sich in Anspruch nehmen, dass sie als einzige Partei mit grosser Geschlossenheit politische Positionen vertritt, die nicht auch von Kandidierenden anderer Parteien eingenommen werden. Damit kommt ihr im politischen Raum eine Monopolstellung zu. Geschlossen sind die Reihen auch bei der SP und bei den Grünen. Zwischen den beiden Parteien bestehen allerdings kaum politische Unterschiede. Die Kandidierenden beider Parteien sind sich unter einander politisch ähnlicher als wenn sie mit den Kandidierenden anderer Parteien verglichen werden. Zwischen den beiden Extrempositionen im politischen Spektrum liegen FDP und CVP. Die Reihen dieser beiden Parteien sind weniger geschlossen. Bei der FDP finden sich einige Kandidierenden, die grosse Gemeinsamkeiten mit den Kandidierenden der CVP aufweisen, ein paar Wenige, würden sich auch in der SVP politisch zuhause finden. Die Kandidierenden der CVP haben – je nach Sprachregion – Affinitäten nach links, Richtung SVP oder Richtung FDP.

7. SCHLUSSFOLGERUNGEN

Das Schweizer Vielparteiensystem scheint – zumindest was die vier grössten Parteien anbelangt – durchaus Sinn zu machen. Die Kandidierenden von FDP, CVP, SVP und SP vertreten durchaus und mehrheitlich geschlossen unterschiedliche politische Positionen und ermöglichen so den Wählenden auch eine politische Auswahl. Einzig bei den Grünen ist eine eigenständige Position kaum auszumachen. Zu gross sind die politischen Gemeinsamkeiten mit der SP.

Bemerkenswert ist sicher die klare und deutlich von den anderen Parteien abweichende politische Positionierung der SVP, der es in den letzten Jahren nicht zuletzt mit diesen Positionen auch gelungen ist, zur stärksten Schweizer Partei zu werden. Weniger geschlossen und weniger klar positioniert sind FDP und CVP.

Interessant und bemerkenswert ist auch die Feststellung, dass das Parteiensystem mit den vier grossen Parteien nicht nur gesamtschweizerisch sondern auch für die einzelnen Sprachregionen seine Bestätigung findet. Insgesamt tendieren die Westschweizer und die Tessiner Parteien grossmehrheitlich zwar etwas stärker nach links, aber die Kandidierenden der einzelnen Parteien sind – von wenigen Ausnahmen abgesehen – sowohl in den einzelnen Sprachregionen wie auch auf nationaler Ebene grossmehrheitlich in ihrer Partei politisch am richtigen Ort.

Auf den ersten Blick kann dieses Ergebnis durchaus auch als eine Bestätigung der These von den „eingefrorenen Parteiensystemen“ von Lipset/Rokkan (1967) aufgefasst werden. Nach wie vor sind es die vier historischen, aus den klassischen Konfliktlinien westeuropäischer Staaten hervorgegangenen Parteien, die den politischen Raum aufspannen. Dieser Ansicht widerspricht allerdings, dass sich die einzelnen Parteien heute doch deutlich anderes positionieren als bei ihrer Herausbildung und dass sie vor allem auch nicht mehr in den gleichen Bevölkerungssegmenten verankert sind. Besonders auffallend ist dies bei der aus dem Stadt-Land-Konflikt hervorgegangenen SVP, die sich neu als national-konservative Kraft auf der rechten Seite des politischen Spektrums positioniert und weit in die ehemaligen Stammlande der SP und der Katholisch-Konservativen vorgedrungen ist. Zurückgegangen sind auch die inhaltlichen Differenzen zwischen den beiden grossen historischen Kontrahenten FDP und CVP.

Diese mit Blick auf die ordnungsstiftende Kraft der Schweizer Parteien durchaus positiven Ergebnisse gilt es indes in zweifacher Hinsicht mit einer gewissen Vorsicht zu interpretieren. Zum einen ist damit noch nicht gesagt, wie weit der politische Raum, der durch die Kandidierenden und die Parteien aufgespannt wird, auch auf der Ebene der Wählenden auf Resonanz stösst. Bieten die politischen Parteien wirklich das Angebot an Orientierungen an, welches von den Bürgerinnen und Bürgern nachgefragt wird. Die anhaltenden Stimmverluste von FDP und CVP lassen darauf schliessen, dass sich die politischen Differenzierungen, die sie ins Parteiensystem einzubringen vermögen, keiner steigenden Beliebtheit erfreuen. Der zweite und damit verknüpfte Einwand schliesslich ist methodischer Natur. Die Fragen, welche für die Online-Wahlhilfe smartvote ausgewählt wurden, hatten zum Ziel, politische Unterschiede zwischen den Parteien abzubilden. Wie gross und unverrückbar diese Unterschiede sind, lässt sich nicht mit absoluter Bestimmtheit messen, da eine feste, über die Zeit hinweg konstant bleibende Masseneinheit fehlt. Konflikte in der Politik können auch bei kleinen Differenzen entstehen.

Dem Schweizer Parteiensystem – und dies ist eine weitere Erkenntnis aus dieser Untersuchung – liegen unterschiedliche Konfliktstrukturen zugrunde. Es hat nicht nur einfach einen bipolaren oder einen tripolaren Charakter, sondern es eröffnen sich auch komplexere Varianten, bei denen einzelne Parteien

aufgespalten werden. Es hängt von den politischen Themen ab, innerhalb welcher Konstellationen Mehrheiten gesucht werden müssen. Die Kräfteverhältnisse haben sich jedoch zugunsten der Pole – hin zu SP/GPS auf der einen sowie zur SVP auf der anderen Seite – verlagert. FDP und CVP sehen sich verstärkt in der Rolle der Mehrheitsbeschaffer. Diese Rolle können sie aber nur dann glaubhaft und gewinnbringend wahrnehmen, wenn sie wechselnde Koalitionen eingehen, ansonsten verkommen sie zum Juniorpartner einer der beiden grossen Parteien an den Polen.

8. LITERATURANGABEN

- Budge, Ian/Klingemann, Hans-Dieter/Volkens, Andrea/Bara, Judith/Tanenbaum, Eric with Fording, Richard C./Hearl, Derek J./Kim, Hee Min/McDonald, Michael/Mendez, Silvia (2001): *Mapping Policy Preferences. Estimates for Parties, Electors, and Governments 1945-1998*, Oxford: Oxford University Press.
- Geser, Hans, Andreas Ladner, Roland Schaller und Than-Huyen Ballmer-Cao (1994). *Die Schweizer Lokalparteien*. Zürich: Seismo.
- Hermann, Michael und Heiri Leuthold (2003). *Atlas der politischen Landschaften. Ein weltanschauliches Porträt der Schweiz*. Zürich: vdf.
- Hirter, Hans (1998). *Parteien und Parlamentsfraktion in der Schweiz: Enge Zusammenarbeit trotz grosser Autonomie*. in: Helms, Ludger (Hrsg.), *Partei und Fraktion in Westeuropa*. Opladen: Leske & Budrich.
- Katz, Richard S. und Mair Peter (1993). *The Evolution of Party Organizations in Europe: Three Faces of Party Organization*. In: *American Review of Politics*, 14. S. 593-617.
- Kirchheimer, Otto (1965) "Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems", *Politische Vierteljahresschrift*, 6. Jg., Heft 1, S. 20-41.
- Klöti, Ulrich (1998). "Kantonale Parteiensysteme. Bedeutung des kantonalen Kontexts für die Positionierung der Parteien", in: Hanspeter Kriesi, Wolf Linder und Ulrich Klöti (Hrsg.), *Schweizer Wahlen 1995. Ergebnisse der Wahlstudie Selects*. Bern: Haupt. 45-72.
- Ladner Andreas, Gabriela Felder und Jan Fivaz (2008). *Are Voting Advice Applications (VAAs) more than Toys? First findings on Impact and Accountability of VAAs* [Nr. 2/2008]
- Ladner, Andreas (2004). "Typologien und Wandel: Die kantonalen Parteiensysteme im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts", in: *Schweizerische Zeitschrift für Politische Wissenschaft* 10(4): 1-30.
- Ladner, Andreas und Michael Brändle (2001). *Die politischen Parteien im Wandel. Von Mitgliederparteien zu professionalisierten Wählerorganisationen?* Zürich: Seismo.
- Ladner, Andreas, Daniel Schwarz und Jan Fivaz (2008). *Die Positionierung der Nationalratskandidierenden 2007. Eine explorative Analyse der Antworten auf die Fragen der Online-Wahlhilfe smartvote*. Chavannes-près-Renens: Cahier de l'IDHEAP Nr. 243.
- Lanfranchi, Prisca; Ruth Lüthi (1999). „Cohesion of Party Groups and Interparty Conflict in the Swiss Parliament: Roll Call Voting in the National Council“, in: Shaun Bowler; David M. Farrel; Richard, S. Katz (eds.), *Party Discipline and Parliamentary Government*. Columbus: Ohio State University Press: 99-120.
- Linder, Wolf, Regula Zürcher und Christian Bolliger (2008). *Gespaltene Schweiz – geeinte Schweiz. Gesellschaftliche Spaltungen und Konkordanz bei Volksabstimmungen seit 1874*. Baden: hier + jetzt.
- Lipset, S. M. and Stein Rokkan/Cleavages (1967). *Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction*. In: LIPSET, S. M. and Stein ROKKAN (eds.). *Party Systems and Voter Alignments*. New York: Free Press. 1-64.
- Lüthi, Ruth; Luzius Meyer; Hans Hirter (1991). „Fraktionsdisziplin und die Vertretung von Partikulärinteressen im Nationalrat“, in: *Parlamentsdienste* (Hrsg.), *Das Parlament - „Oberste Gewalt des Bundes“? Festschrift der Bundesversammlung zur 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft*. Bern/Stuttgart: Verlag Paul Haupt: 53-71.
- Lupia, Arthur (2003). „Delegation and its Perils“, in: Kaare Strøm, Wolfgang C. Müller and Torjörn Bergman (eds.), *Delegation and Accountability in Parliamentary Democracies*. Oxford, Oxford University Press, 33-54.
- Lutz, Georg (2008). *Eidgenössische Wahlen 2007. Wahlteilnahme und Wahlentscheid*. Lausanne: FORS/Selects.

- Panbianco, Angelo (1988). *Political Parties: Organization and Power*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Ranney, Austin (1951). *Toward A More Responsible Two-Party System: A Commentary*. *The American Political Science Review*, Vol. 45, No. 2 (Jun., 1951), pp. 488-499.
- Schattschneider, Elmer Eric (1977), *Party Government* (Reprint der 1942 bei Rinehart, New York, erschienenen Originalausgabe), Westport, Connecticut (Greenwood Press)
- Schwarz, Daniel und Wolf Linder (2006). *Mehrheits- und Koalitionsbildung im schweizerischen Nationalrat 1996-2005*. Studie im Auftrag der Parlamentsdienste der schweizerischen Bundesversammlung. Bern: Institut für Politikwissenschaft.
- Schwarz, Daniel und Wolf Linder (2007). *Fraktionsgeschlossenheit im schweizerischen Nationalrat 1996-2005*. Studie im Auftrag der Parlamentsdienste der schweizerischen Bundesversammlung. Bern: Institut für Politikwissenschaft.
- Wolinetz, Steven (2002), *Beyond the Catch-All Party : Approaches to the Study of Parties and Party Organization in Contemporary Democracies*, in: Richard Günther, Jose Ramon Montero, Juan Linz (eds.), *Political Parties. Old Concepts and New Challenges*, Oxford University Press, Oxford-New York, 2002, pp. 136-65.
- Wüst, Andreas M., Hermann Schmitt, Thomas Gschwend und Thomas Zittel: *Candidates in the 2005 Bundestag Election: Mode of Candidacy, Campaigning and Issues*, *German Politics* 15 (4), 2006, S. 420-438.
- Wüst, Andreas M., Hermann Schmitt, Thomas Gschwend und Thomas Zittel: *Candidates in the 2005 Bundestag Election: Mode of Candidacy, Campaigning and Issues*, *German Politics* 15 (4), 2006, S. 420-438.
- Zittel Thomas und Thomas Gschwend: *Individualisierte Wahlkämpfe im Wahlkreis. Eine Analyse am Beispiel des Bundestagswahlkampfes 2005*, *Politische Vierteljahresschrift* 48 (2), 2007, S. 293-321.